

Hauptausschuss öffentlich - vom 23.10.2012

1) TOP Bürger fragen

Oberbürgermeister Frei: Er habe heute alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung sowie auch den Gemeinderat per E-Mail über seine Absicht, sich für den Bundestag nominieren zu lassen, informiert. Diese Entscheidung werde bei einigen auf Unverständnis stoßen, jedoch habe er auf seine E-Mail hin schon viele positive Rückmeldungen erhalten. Egal wie lange seine Amtszeit als Oberbürgermeister in Donaueschingen noch andauern werde, könne er versprechen, dass er sich in dieser Zeit mit vollem persönlichem Einsatz für die Stadt engagieren werde.

Frau Martina Wiemer möchte gerne etwas zum Tagesordnungspunkt 6 „Verlegung von Stolpersteinen“ sagen. Sie wird das Wort bei der Beratung des Tagesordnungspunktes erhalten.

2) TOP 1-094/12 Haushaltsplan 2013 - Personalkosten

Oberbürgermeister Frei führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein und weist darauf hin, das sich mit dem in letzter Woche gefassten Beschluss in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung die Personalkosten für das Jahr 2013 um 24.700 € erhöhen würden. Die Senkung der Personalkosten betrage dann nicht 87.700 € sondern 63.000 €.

Stadtrat Karrer: Er werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zustimmen, da er es nicht für richtig halte, im Bereich Pflegearbeiten/Mäharbeiten vier 400 €-Stellen zu schaffen. Er spreche sich für die Schaffung einer zusätzlichen Ganztagsstelle aus.

Bürgermeister Kaiser: Mit der Schaffung von vier 400 €-Stellen sei eine gewisse Flexibilität vorhanden. Insbesondere in den Frühjahr- und Sommermonaten würden diese Kräfte benötigt.

Stadtrat Kuttruff: Die FDP/FW-Fraktion werde den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zustimmen. Die Schaffung von vier 400 €-Stellen werde unterstützt.

Oberbürgermeister Frei: Dank des Gemeinderates könne eine zusätzliche Gärtnerstelle geschaffen werden, ebenso vier 400 €-Stellen für Pflegearbeiten/Mäharbeiten in den Ortsteilen. Insbesondere die 400 €-Stellen würden zu mehr Dezentralisierung führen. Dies sei eine gute Entwicklung. Sollte die Verwaltung feststellen, dass diese Lösung nicht gut sei, werde man auf den Gemeinderat zukommen und darüber sprechen.

Stadtrat Müller: Er habe ähnliche Bedenken wie Herr Stadtrat Karrer was die vier 400 €-Stellen betreffe. Er sehe aber auch, dass insbesondere in den Sommermonaten in den Ortsteilen der Bedarf an gärtnerischen Aufgaben enorm hoch sei und dies nicht von einer Person zu schaffen sei. Aus diesem Grund sei die Schaffung von vier 400 €-Stellen sicherlich die einzig praktikable Lösung. Wenn dieses Modell nicht erfolgreich sei, müssten die Verwaltung und der Gemeinderat darauf reagieren.

Herr Herrmann: Die Senkung der Personalkosten liege zum einen daran, dass das Grundbuchamt aufgelöst werde und zum anderen daran, dass Stellen in der Ruhephase der Altersteilzeit wegfallen würden.

- Beschluss:
1. Die Entwicklung der Personalkosten wird zur Kenntnis genommen.
 2. Dem Gemeinderat wird empfohlen, die im Entwurf des Haushaltsplanes 2013 eingestellten Personalkosten zu bewilligen.

(9 Ja, 2 Nein)

3) TOP 1-104/12 Haushaltsplan 2013 - Entwurf Stellenplan

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(9 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

4) TOP 1-103/12 Stellenplan 2013 - Beschäftigte ohne Wasserwerk und Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung (Vollzeit)

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(9 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

5) TOP 1-098/12 Stellenplan 2013 - Beschäftigte Stadtwald (Vollzeit)

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(9 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

6) TOP 1-096/12 Stellenplan 2013 - Beschäftigte Wasserverwerk (Vollzeit)

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(9 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

7) TOP 1-097/12 Stellenplan 2013 - Beschäftigte Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung (Vollzeit)

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(9 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

**8) TOP 1-102/12 Stelleplan 2012 - Beschäftigte ohne Wasserwerk und Eigenbetrieb
Abwasserbeseitigung (Teilzeit)**

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(9 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

9) TOP 1-100/12 Stellenplan 2013 - Beschäftigte Wasserwerk (Teilzeit)

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(9 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

10) TOP 1-101/12 Stellenplan 2013 - Beschäftigte Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung (Teilzeit)

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(9 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

11) TOP 1-099/12 Stellenplan 2013 - Beamte (Vollzeit)

Beschluss:

Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(9 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung)

12) TOP 1-074/12 20-jähriges Jubiläum Donaueschingen Vác

Frau Grüninger führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

13) TOP 1-089/12 Archiv/Registratur - Sachstandsbericht

Oberbürgermeister Frei führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Dr. Adamczyk: Er danke dem Gemeinderat für das Interesse am Archiv. Ihm sei es persönlich ein großes Anliegen, das Archiv für die breite Bevölkerung zu öffnen. Außerdem sei es ihm sehr wichtig, die Jugend an die Lokalgeschichte heranzuführen. Er danke dem Gemeinderat dafür, dass sich in Zukunft die räumliche Situation verbessere. Die vorhandenen Räumlichkeiten seien sehr begrenzt und insbesondere für Besucher des Archivs nicht gut geeignet.

Stadtrat Müller: Es sei sehr wichtig, dass der Nachwelt die Geschichte der Stadt zur Verfügung gestellt werden könne. Er danke Herrn Dr. Adamczyk für seine Arbeit, insbesondere dass er das Stadtarchiv mehr in das Bewusstsein der Bürger bringen möchte. Es sei sehr wichtig. Aus diesem Grund solle man sich auch künftig über dieses Thema Gedanken machen, wie das Archiv ausgeweitet und allgemein verbessert werden könne.

Oberbürgermeister Frei: (Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Vier Räume würden derzeit noch vom Grundbuchamt genutzt. Zwei davon würden nach dem Wegfall des Grundbuchamtes vom Archiv genutzt werden können. Ein Raum solle zu einem Besprechungsraum werden, sodass künftig genügend Platz für Besucher und deren Recherchen sei. In einem anderen Raum befinde sich ein Paternoster, der auch sehr gut durch das Archiv genutzt werden könne. Die beiden anderen Räume würden künftig durch das Amt für Innenrevision genutzt. Mit diesem Umzug verbessere sich die Raumsituation im Amt für öffentliche Ordnung. Auf andere Räumlichkeiten wie zum Beispiel in der Musikschule wolle man das Archiv nicht ausweiten.

Beschluss: Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

14) TOP 1-076/12 Verlegung von Stolpersteinen

Herr Butsch führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Oberbürgermeister Frei: Er unterstütze die Verlegung von Stolpersteinen. Es sei eine angemessene Gelegenheit, an die dunkle Geschichte in Deutschland zu erinnern.

Frau Wiemer: (Stadtführerin in Donaueschingen) Laut ihrer Recherche lebten bis 1938 18 jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger in Donaueschingen. Aus diesem Grund solle auch für alle 18 Mitbürgerinnen und Mitbürger ein Stolperstein verlegt werden und nicht nur für eine Person. Zuerst habe sie die Idee mit der Verlegung der Stolpersteine sehr gut gefunden. Nachdem sie sich aber intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt habe, habe sie Zweifel an dieser Form des Gedenkens bekommen. Selbst die jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger würden über die Stolpersteine kontrovers diskutieren. Es sei sehr wichtig, dass an die jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger erinnert werde, jedoch müsse eine passende Form gefunden werden. Eine weitere Idee, der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu gedenken, wäre ein Stadtplan, in dem die früheren Wohnhäuser der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus gekennzeichnet würden. Mit diesem Stadtplan könnte man auch auf ein jüdisches Grab auf dem Donaueschinger Friedhof aufmerksam machen. Der Verstorbene sei nie Bürger in Donaueschingen gewesen.

Stadtrat Karrer: Das Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus sei immer noch ein schwieriges Thema. Auch er halte deshalb die Verlegung von Stolpersteinen nicht für die beste Lösung. Wenn diesem Vorschlag aber zugestimmt werde, spreche er sich ebenfalls für die Verlegung der Stolpersteine für alle 18 jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in Donaueschingen gelebt hätten, aus. Bevor dies aber umgesetzt werden könne, müsse sich die Verwaltung mit den Nachfahren und auch mit den Nachmietern der Häuser in Verbindung setzen.

Auch innerhalb der Fraktion sei das Thema Verlegung von Stolpersteinen kontrovers diskutiert worden. Als er auf der Homepage des Zentralrates der Juden Informationen über die Stolpersteine gesucht habe, seien ihm viele negative Rückmeldungen zu diesem Projekt aufgefallen. Unter anderem würden die Stolpersteine als entwürdigend empfunden. Aus diesem Grund halte er ein Gedenken in Form einer Stele oder eines wie von Frau Wiemer genannten Stadtplanes für besser. Des Weiteren könne versucht werden, durch ehrenamtliche Pflegemaßnahmen des jüdischen Friedhofes in Gailingen, junge Menschen auf die Schicksale der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus aufmerksam zu machen. Einmal pro Jahr könnte zum Beispiel eine Schule Pflegearbeiten durchführen.

Stadtrat Müller: Auch er möchte sich ausdrücklich für ein Gedenken der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Donaueschingen aussprechen. Jedoch halte auch er die vorgeschlagenen Stolpersteine nicht für geeignet. Er schlage vor, dass heute keine Entscheidung gefällt werde und sich die Verwaltung erneut Gedanken über die Art und Weise eines Gedenkens machen solle.

Herr Butsch: Da laut der Recherche nur Frau Henriette Lindner ihren letzten, selbstgewählten Wohnsitz in Donaueschingen gehabt habe, sollte auch nur für sie ein Stolperstein verlegt werden.

Stadtrat Blaurock: Er spreche sich für die Verlegung von Stolpersteinen aus. Mit dieser Form habe man einen klaren Anlaufpunkt für sein Gedenken. Jedoch spreche er sich für die Verlegung der Stolpersteine für alle 18 jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in Donaueschingen gelebt hätten, aus. Eventuell könnten die 18 Stolpersteine durch Spenden finanziert werden.

Oberbürgermeister Frei: Es müsse nicht zwingend heute eine Entscheidung über die Verlegung von Stolpersteinen getroffen werden. Der Gemeinderat solle die vorgebrachten Argumente abwägen und zu einem späteren Zeitpunkt nochmals darüber sprechen. Die Verwaltung werde sich Gedanken zu Alternativen machen und den Gemeinderat in einem halben bis dreiviertel Jahr erneut mit diesem Thema befassen. Aus diesem Grund könne auch der Haushaltsansatz für das Jahr 2013 in Höhe von 1.000 € gestrichen werden. Die Errichtung einer Stele zum Gedenken der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus könne er sich nicht vorstellen. Mit der Verlegung der Stolpersteine würde man dieses grausame Verbrechen mit einem Namen identifizieren und so dieses Unvorstellbare greifbar werden lassen. Ein Stadtplan sei durchaus vorstellbar.

15) TOP 2-019/12 Vereinsförderung - Investitionszuschüsse 2013

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(Einstimmig)

16) TOP 6-009/12 Kinderbetreuung - Bedarfsplanung 2012/13

Oberbürgermeister Frei führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Bürgermeister Kaiser: Der Naturkindergarten Apfelbäumchen werde von einem Verein geführt. Aus diesem Grund werde er nicht, so wie in den vergangenen Jahren auch, in die Bedarfsplanung aufgenommen. Der Verein erhalte aber genau die Förderung, die ihm auch zustehen würde, wenn er in der Bedarfsplanung mitaufgenommen wäre.

Stadtrat Müller: Der Gemeinderat sei sehr zufrieden mit der Kinderbetreuung in der Kernstadt, sowie auch in den Ortsteilen. Die Entwicklung sei sehr gut. Hierfür möchte er allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken. Sie würden das ganze Jahr eine ausgezeichnete Arbeit leisten.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 7 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

17) TOP 6-010/12 Haushaltsplan 2013 - Schulbudgets

Oberbürgermeister Frei führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein und weist auf die Tischvorlage hin. Das Amt Bildung und Soziales habe die Schulbudgets mit den tatsächlichen Schülerzahlen gemäß Schulstatistik errechnen können. Diese geänderte Anlage 1 sei als Tischvorlage ausgelegt. Die Änderungen seien nur geringfügig und in den Tabellen grau hinterlegt.

Beschluss:

1. Die Information wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Gemeinderat wird empfohlen, die Schulbudgets im Haushaltsjahr 2013 hinsichtlich der Budgetanteile „Sächliche Kosten Schulbetrieb“ in Höhe von 28,5 % der jeweiligen Sachkostenbeiträge des Landes auf der Grundlage der geänderten Schülerzahlen zu bewilligen.

(einstimmig)

18) TOP 1-090/12 Haushalt 2013 - Beratung des Verwaltungshaushalts

Herr Zoller weist auf die Aktualisierungen im Verwaltungshaushalt, die als Tischvorlage ausgeteilt worden seien, hin. Die Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt habe sich aufgrund der Änderungen um 157.000 € verbessert. Dafür verantwortlich seien im Wesentlichen die veränderten Schlüsselzuweisungen vom Land.

Unterabschnitt 0000 Gemeindeorgane

Oberbürgermeister Frei: Auf Antrag der Grünen-Fraktion, der aus der Bürgerschaft formuliert worden sei, möchte die Verwaltung das Projekt Klimabündnis wieder unterstützen. Das Projekt werde momentan aus einem bürgerschaftlichen Engagement heraus weitergeführt. Die Unterstützung eines solchen Projekts sei sehr wichtig. Es stelle sich aber die Frage, ob eine Stadt dies tun müsse. Er schlage vor, dass die Verwaltung künftig jeden gespendeten Euro mit einem weiteren Euro für dieses Projekt unterstütze, höchstens jedoch mit 1.500 €.

Stadtrat Karrer: Die Verwaltung sei aus finanziellen Gründen aus diesem Projekt ausgestiegen. Da nun haushaltstechnisch die Möglichkeit bestehe, dieses Projekt wieder zu unterstützen, werde er dem Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister Frei zustimmen.

Stadtrat Blaurock: Auch er finde den Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister Frei sehr gut und werde diesem zustimmen.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Sie werde dem Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister Frei ebenfalls zustimmen. Es müsse aber allen klar sein, dass dies ein sehr großes Entgegenkommen sei und diese freiwillige Unterstützung auch jederzeit wieder geändert werden könne.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag von Herrn Oberbürgermeister Frei, das Projekt Klimabündnis für jeden gespendeten Euro mit einem weiteren Euro zu unterstützen, höchstens mit 1.500 €, wird zugestimmt.

(einstimmig)

Unterabschnitt 1100 Ordnungsangelegenheiten

Herr Zimmermann: Der Ansatz für Nutzungsentschädigung von Asylbewerbern müsse von 0,00 € auf 16.000 € erhöht werden. Aufgrund dessen müsse der Ansatz für den Aufwand für Asylbewerber von 2.000 € auf 6.000 € erhöht werden.

Herr Zoller: (Auf Frage von Stadtrat Kuttruff) Nicht nur weil die Personalausgaben steigen, steige auch der Ansatz für die Interne Leistungsverrechnung. Das Ordnungsamt führe auch Tätigkeiten aus, die nicht zu Einnahmen führen. Außerdem handle es sich hierbei immer noch um Hochrechnungen.

Unterabschnitt 2000 Verwaltung Schulen

Herr Zoller: (Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Die Schulen würden für die Nutzung der Hallen Miete bezahlen. Da aber 19 % Mehrwertsteuer abgeführt werden müssen, würde die Differenz zwischen den Ausgaben und der Mieteinnahmen aus der Hallennutzung von Schulen entstehen.

Unterabschnitt 3210 Ausstellungen

Oberbürgermeister Frei: Der Ansatz in Höhe von 1.000 € für das Kunstprojekt „Stolpersteine“ könne aufgrund der Diskussion unter TOP 6 gestrichen werden.

Unterabschnitt 5710 Parkschwimmbad Donaueschingen

Herr Riedmann: Der Ansatz für Geräte, sonstige Gebrauchsgegenstände könne von 6.000 € auf 4.000 € reduziert werden.

Unterabschnitt 6700 Straßenbeleuchtung

Herr Bea: Aufgrund der Erhöhung der Stromsteuer müsse der Ansatz für Strombezug von 250.000 € auf 290.000 € erhöht werden. Des Weiteren würden Wohngebiete erweitert, sodass auch hier durch die Erweiterung der Straßenbeleuchtung Mehrkosten auf die Verwaltung zukommen würden.

Unterabschnitt 7700 Fuhrpark

Oberbürgermeister Frei: Dieser Unterabschnitt sei vollständig in den Unterabschnitt 7710 Technische Dienste integriert worden.

Unterabschnitt 7900 Tourismus und Marketing

Herr Riedmann: Der Ansatz für die Kurtaxe könne von 105.000 € auf 120.000 € erhöht werden.

(Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Es würde Überlegungen geben, künftig Pauschalverträge für die Kurtaxe abzuschließen. Damit erhoffe man sich, dass der Aufwand für die Hoteliers und auch für das Amt Kultur, Tourismus und Marketing verringert werde.

Unterabschnitt 8200 Stadtbus

Oberbürgermeister Frei: Über den Antrag der Grünen-Fraktion, für die Schaffung eines modernen Personennahverkehrs Mittel in Höhe von 25.000 € einzustellen, soll in der nächsten Gemeinderatssitzung diskutiert und entschieden werden.

Unterabschnitt 8810 Unbebaute Grundstücke

Bürgermeister Kaiser: (Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Der Ansatz für den Ersatz der Grundstücksnebenkosten sei realistisch angesetzt worden. Im Jahr 2011 seien 30.000 m² gewerbliche Grundstücke verkauft worden. Aus diesem Grund sei das Rechnungsergebnis in Höhe von 235.686 € auch so hervorragend ausgefallen. In diesem Jahr habe die Verwaltung zwar mehr Grundstücke, im gesamten aber sehr viel weniger Fläche verkauft. Sollte sich herausstellen, dass für das Jahr 2012 mehr als 80.000 € Einnahmen erzielt werden könnten, werde auch der Ansatz für das Jahr 2013 dementsprechend erhöht. Der Gemeinderat werde zu Beginn der nächsten Sitzung darüber informiert.

Unterabschnitt 8820 Gebäudeverwaltung

Oberbürgermeister Frei: Die CDU-Fraktion beantrage eine Kürzung des Ansatzes der Gebäudeunterhaltung von 983.700 € auf 700.000 €. Er plädiere jedoch dafür, keine pauschale Kürzung vorzunehmen sondern einzelne Maßnahmen zu kürzen, bzw. zu streichen.

Bürgermeister Kaiser: Er möchte darauf hinweisen, dass ein Anlagevermögen eine gewisse Summe für dessen Unterhaltung benötige. Wenn der Ansatz so drastisch gekürzt werden sollte, würde dies an die Substanz gehen.

Herr Bunse: Von dem Ansatz in Höhe von 983.700 € seien 600.000 € für konkrete Maßnahmen, die notwendig seien, verplant. 150.000 € seien durch Wartungsverträge gebunden. Somit stünden lediglich 233.700 € noch für Notfälle zur Verfügung. Diese beiden Beträge (ca. 400.000 €) seien Allgemeinmittel.

Fürstenberg-Gymnasium (UA 2300) Allgemein

Herr Doerries: (Auf Frage von Stadtrat Kuttruff) Der Ansatz in Höhe von 30.000 € könne nicht gekürzt werden. Die 30.000 € würden vollständig für Wartungsaufträge und einige kleine Reparaturen benötigt.

Mehrzweckhalle Grüningen (UA 7672), Umbau Küchenbereich

Stadtrat Karrer: Für das Jahr 2016 sei die Sanierung der Grüninger Mehrzweckhalle vorgesehen. Aus diesem Grund halte er einen Umbau im Küchenbereich zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr für erforderlich.

Beschluss: Der Streichung des Ansatzes in Höhe von 10.000 € für den Umbau des Küchenbereiches in der Mehrzweckhalle in Grüningen wird zugestimmt.

(einstimmig)

Friedhof Kernstadt und Ortsteile (UA 7510), Sanierung Schindeldach Kapelle, Erneuerung Dach Wandelgang

Herr Bunse: (Auf Stadträtin Dr. Jarsumbek) Diese beiden Maßnahmen können nicht verschoben werden. Das Dach beim Wandelgang sei schon zu 1/3 neu eingedeckt. Diese Maßnahme müsse abgeschlossen werden.

Stadtrat Blaurock: Er habe sich vor Ort ein Bild über die derzeitige Situation gemacht. Er spreche sich für die Umsetzung dieser Maßnahmen aus. Es sei dringend erforderlich.

Stadtrat Müller: Es sei sehr schwierig für den Gemeinderat einzelne Maßnahmen zu streichen, bzw. zu kürzen. Daher mache er den Vorschlag von den Allgemeinmitteln (400.000 €) insgesamt 10 % einzusparen.

Oberbürgermeister Frei: Bei einer Kürzung um 15 % würde dies eine Einsparung in Höhe von 70.000 € bedeuten.

Beschluss: Der Hauptausschuss stimmt der Kürzung der Allgemeinmittel (400.000 €) um 15 % zu.

(6 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung)

Unterabschnitt 9000 Steuern, Allg. Zuweisungen und Allg. Umlagen

Herr Zoller: Die Ergebnisse der Novembersteuerschätzung würden noch in den Haushalt eingearbeitet, sobald diese vorlägen.

Herr Kuntz: Nach den Beratungen des Verwaltungshaushaltes und einigen Änderungen be-
trage die Zuführung an den Vermögenshaushalt 3.315.000,00 €.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

19) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Keine.